

## Neuzeitliche Migration in Brandenburg

Von Silke Kamp

Brandenburg ist seit seiner Entstehung in besonderem Maße durch Migration geprägt. Diese Wanderungsprozesse für die Frühe Neuzeit und das 19./20. Jahrhundert zu skizzieren und dabei auf die unterschiedlichen Formen der Migration einzugehen, bildet den Anfang dieses Artikels. Im zweiten Teil soll dann vorrangig an der Gruppe der hugenottischen Einwanderer der Gewinn der Migrationsgeschichte für die Ortsgeschichte erläutert werden. Dabei muss sie sich nicht auf die Geschichte der Ankommenden oder Abwanderungswilligen beschränken. Die Ortsgeschichte kann selbst dann von der Migrationsgeschichte profitieren, wenn in ihren Darstellungen die Migranten selbst nicht auftauchen.

### 1. Migration in der Frühen Neuzeit

Nach den Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges war Brandenburg in besonderem Maße auf Zuwanderung angewiesen, denn es hatte etwa die Hälfte seiner Bevölkerung verloren. Für die Uckermark errechnete Lieselott Enders eine Wüstungsquote von über 90 Prozent. Um die Bevölkerungsverluste auszugleichen, wurden nicht nur Fachkräfte aus Landwirtschaft und Handwerk angeworben, sondern auch Glaubensflüchtlingen Zuflucht gewährt.

Bei den ersten Glaubensflüchtlingen, die nach dem Dreißigjährigen Krieg in Brandenburg Aufnahme fanden, handelt es sich um jüdische Familien aus Wien und Niederösterreich. Sie wurden im Februar 1670 vom Kaiser Leopold I. vertrieben. Mit einem auf den 21. Mai 1671 erlassenen Schutzpatent erhielten die wohlhabenden unter ihnen die Erlaubnis, sich in Brandenburg niederzulassen und Handel zu treiben. Seit ihrer Vertreibung im Jahr 1571 durch Kurfürst Johann Georg (gestorben 1598) war es Juden 1650 nur in Frankfurt/Oder erlaubt worden, sich zur Belebung des Messehandels dort anzusiedeln. Als Ausnahme muss gelten, dass 1681 in Angermünde ein Jude das volle Bürgerrecht erhielt. Erst das Städteedikt von 1808 und das Judenedikt von 1812 stellten die in Brandenburg lebenden Juden den übrigen Einwohnern gleich.

Während bei der Aufnahme vertriebener Juden wirtschaftliche Motive überwogen haben dürften, bestimmten gleich mehrere Motive die Aufnahme französischer Glaubensflüchtlinge (Hugenotten) durch das Edikt von Potsdam von 1685. Nachdem

den Protestanten in Frankreich ihre Religionsausübung verboten worden war, gewährte das wenige Wochen darauf erlassene Edikt von Potsdam ihnen Aufnahme in den brandenburgischen Territorien. Der Kurfürst kam damit seinen bedrängten reformierten Glaubensgenossen zu Hilfe. Ebenso knüpfte er an diese Einladung die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Belebung Brandenburgs und der Festigung seiner Position gegenüber den lutherischen Landständen. Die häufig vereinfachend als Hugenotten bezeichneten etwa 20 000 Zuwanderer waren in Wirklichkeit eine sehr heterogene Gruppe von Flüchtlingen aus Frankreich und dem Fürstentum Orange, aus Waldensern, Reformierten aus den Niederlanden, der Schweiz, der Pfalz und anderen protestantischen Ländern. Nicht immer handelte es sich um Glaubensflüchtlinge oder deren Nachkommen. Den Flüchtlingsströmen schlossen sich auch viele Reformierte in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen in den brandenburgischen Landen an.

Weiterhin spielen für die Geschichte Brandenburgs die Aufnahme der Salzburger und Böhmen eine Rolle. Bei den Salzburgern handelt es sich um vom Erzbischof von Salzburg aus seinem Land vertriebene Lutheraner. Zwar sollten sie sich im von der Pest verheerten Ostpreußen ansiedeln, doch löste ihre Durchreise 1732 eine große Anteilnahme und Begeisterung unter der Bevölkerung der brandenburgischen Kernlande aus. Das 1737 gegründete Böhmisches Rixdorf (Berlin-Neukölln) und die 1750 gegründete Kolonie Nowawes (Potsdam-Babelsberg) sind Beispiele für die Ansiedlung lutherischer und reformierter Glaubensflüchtlinge aus Böhmen. Zu den ersten Fachkräften, die nachweislich in der Frühen Neuzeit zur Belebung der Wirtschaft angeworben wurden, hatten böhmische Glasarbeiter und Aschbrenner gezählt. Bei Grimnitz im Amt Liebenwalde entstand 1601 eine Glashütte. Zur Ansiedlung der Glasarbeiter wurde das nach dem Kurfürsten benannte Joachimsthal gegründet und das Joachimsthalsche Gymnasium.

Große Erwartungen zum Wiederaufbau der im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Domänenlänken in den nördlichen Landschaften Brandenburgs setzte der Kurfürst Friedrich Wilhelm in niederländische Kolonisten. Von ihrer Ansiedlung versprach er sich eine Verbesserung der Ackerböden und der Milchwirtschaft. Die Anwerbung niederländischer Kolonisten ist jedoch in ihrem Umfang gern überschätzt worden. Wie Matthias Asche nachweist, scheiterten viele Aufbauversuche wie in Chorin oder Gramzow-Seehausen an Siedlungsunternehmern, die es mehr auf ihren eigenen Profit abgesehen hatten, als dass sie daran interessiert waren, die angeworbenen Kolonisten bei ihrer Niederlassung zu unterstützen. Viele Kolonisten gingen daher nach wenigen Jahren zurück in ihre alte Heimat. Mehr Erfolg war den Ansiedlungen

der Kurfürstin Luise Henriette von Oranien im Amt Bötzwow und den des Freiherrn von Hertefeld bei der Gründung von Neuholland beschieden.

Ähnlich optimistisch und erwartungsvoll begann die Ansiedlung von Schweizer Kolonisten. Die ersten Schweizerdörfer entstanden 1685 in unmittelbarer Umgebung der kurfürstlichen Residenzstadt Potsdam, nämlich Nattwerder, Golm und Neutöplitz. In den Städten siedelten sich Schweizer in größeren Verbänden nur in Neustadt-Eberswalde (seit 1691) an. Ansonsten überwog die Besiedlung von wüsten Feldmarken wie vor allem im Ruppiner Land.

## **2. Migration im 19./20. Jahrhundert**

War die Frühe Neuzeit in Brandenburg stark durch Zuwanderung geprägt, so begann das 19. Jahrhundert mit einer Auswanderungswelle nach Übersee. Amerika weckte Hoffnungen nach gesellschaftlichem Aufstieg und religiöser Offenheit. So mancher der Ausgewanderten kehrte später als Missionar zurück und wirkte an der Gründung freikirchlicher Gemeinden mit.

Das 20. Jahrhundert ist vor allem durch Prozesse gewaltsamer Migration geprägt: die systematische Vertreibung und Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden, die Verschleppung von „Fremdarbeitern“ zur Zwangsarbeit, die willkürliche Inhaftierung in Konzentrations- und Arbeitslagern. 1933 lebten in der Provinz Brandenburg 7 600 Deutsche jüdischen Glaubens. Das entsprach einem Anteil von weniger als 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Allein in Frankfurt/Oder, wo sich die wichtigste und älteste jüdische Gemeinde in Brandenburg befand, lebten etwa 800 Juden. Die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 leitete die massenhafte Verhaftung der jüdischen Bevölkerung ein. Als Reaktion darauf bot die britische Regierung 10 000 jüdischen Kindern Asyl in Großbritannien an. Noch war deutschen Juden eine Auswanderung möglich. Zu den wichtigsten Aufnahmeländern zählten damals Palästina, Schweiz, Großbritannien und die USA. 1939 betrug die Zahl der Juden in Brandenburg 4 000. Im Oktober 1941 begannen die ersten Deportationen von Berliner Juden vom S-Bahnhof Grunewald ins Ghetto nach Lodz. Im November 1941 wurde den Juden die Auswanderung verboten. 1946 gab es nur noch 424 Juden in Brandenburg.

Von der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa am Ende des Zweiten Weltkrieges war Brandenburg gleich in zweifacher Weise betroffen: als Vertriebenengebiet und als Aufnahmeraum. Aus den von Deutschland abgetrennten deutschen Ostprovinzen und anderen deutschen Siedlungsgebieten Ostmittel-, Ost-

und Südosteuropas waren rund 16 Millionen Menschen auf der Flucht. Auch aus den östlich der Oder gelegenen Teilen Brandenburgs wurden Deutsche vertrieben, fanden westlich des Flusses eine neue Bleibe oder zogen von hier aus schließlich weiter gen Westen. Ende Oktober 1945 hielten sich bereits 600 000 Vertriebene in Brandenburg auf, Tendenz steigend. Diese Zahl überstieg die Aufnahmefähigkeit und -willigkeit der alteingesessenen Bevölkerung, die ihrerseits unter den Kriegsfolgen litt. Eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle Besatzungszonen, inklusive der sowjetischen, wurde vom Amt für Umsiedler (Sitz in Potsdam) angestrebt. Unter den in Brandenburg Verbleibenden stellten die „Ostbrandenburger“ mit annähernd 140 000 Personen die größte Gruppe. Kommissionen organisierten in den Städten die Verteilung der Familien auf Zimmer in vorhandenen Wohnungen. Auf dem Lande kamen Vertriebene vor allem in den gerade entstehenden Neubauern-Häusern unter. Die meisten Vertriebenen fanden in der Landwirtschaft Beschäftigung, Bauhöfe in Rathenow, Brandenburg, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Potsdam, Strausberg, Guben, Cottbus und Spremberg schulten kaufmännisches Personal um. Für spezialisierte Fachkräfte des produzierenden Gewerbes wurden eigens Betriebe geschaffen: für Glas, Bijouterie und Kunstblumen im Dorf Zinna oder für medizinische Instrumente in Döbern.

Tatsächlich vollzog sich die Ansiedlung der Vertriebenen nicht immer problemlos. Vor allem auf den Dörfern stießen sie oft auf Ablehnung. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat hielt viele der Vertriebenen ihrerseits davon ab, sich schnell zu integrieren. Bis 1961 gingen viele von ihnen in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin. Damit sank die Bevölkerungszahl in Brandenburg wieder auf das Niveau vor der Aufnahme der Vertriebenen und Flüchtlinge. Als die DDR im Sommer 1949 das „Umsiedlerproblem“ für gelöst erklärte, unterband sie damit auch eine Auseinandersetzung in der Gesellschaft und auch der Betroffenen selbst über ihre Identität und ihre Erfahrungen. Viele noch lebende Vertriebene wurden erst nach 1990, als sie eine finanzielle Entschädigung für ihre Vertreibung beantragen konnten, an ihre existentielle Lebenserfahrung 1945 ff. erinnert.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwogen die Einflüsse der Migration auf Struktur und Wachstum der Bevölkerung in Brandenburg die der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Eine gemeinsame Identität konnte sich allein wegen der Aufteilung des Landes in die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus kaum herausbilden. Erschwert wurde dies noch durch eine starke Binnenmigration. Mit dem 1953 gestarteten Aufruf „Industriearbeiter aufs Land“ versuchte die DDR-Führung den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft auszugleichen. Dennoch konnte auch eine zentral gesteuerte Zuwanderung den Urbanisierungstrend nicht

aufhalten. Industrielle Zentren wie Wittstock, Beeskow, Potsdam, Eisenhüttenstadt und Frankfurt/Oder profitierten dabei besonders von Neu-Brandenburgern aus dem ehemaligen Sachsen und Sachsen-Anhalt.

In die Kategorie der befristeten Einwanderung zählt die Aufnahme von politischen Flüchtlingen, Auszubildenden oder „Vertragsarbeitern“ in den 70er und 80er Jahren, die auch in den brandenburgischen Bezirken untergebracht wurden. Sie kamen aus Griechenland, Chile, Angola, Mosambik, El Salvador und Nicaragua sowie aus Vietnam, Kuba, der Mongolei, aus Ungarn und Polen. Um ihre gesellschaftliche Integration gleich im Ansatz zu unterbinden, wurden sie bevorzugt in Wohnheimen untergebracht und blieben daher für die Bevölkerung Fremde.

Die Integration von Aussiedlern, die vorwiegend aus Polen und der UdSSR kamen, wurde dadurch erleichtert, dass die meisten von ihnen über deutsche Sprachkenntnisse verfügten. Die Einwanderung und Rückwanderung aus westlichen Staaten war hingegen nicht erwünscht und blieb auch in Brandenburg gering. Seit Mitte der 80er Jahre verließen Brandenburger in steigender Zahl die DDR. Die Auswanderungsverluste reichten dabei von 4 (Umland Berlin) bis zu 30 (nördliche Randgebiete) je 10 000 Einwohner. 1989 waren es sogar zwischen 60 und 140 (Potsdam). Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen wanderten aus. Während die Abwanderung vor allem von jungen Frauen aus den ländlichen Regionen Brandenburgs bis heute anhält, finden seit 1990 verschiedene Einwanderungsprozesse im Land Brandenburg statt. Zum Teil handelt es sich um Rückkehrer oder um Nachfahren ehemals enteigneter und vertriebener Gutsbesitzer und bäuerlicher Familien. Mit ihnen engagieren sich heute auch Zugewanderte aus Belgien und den Niederlanden in der Landwirtschaft.

Die jüdische Auswanderung sogenannter Kontingentflüchtlinge aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ermöglichte in Brandenburg einen Neubeginn des jüdischen Gemeindelebens. Da nach der Shoa in den DDR-Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam nur wenige Juden lebten, hatte es dies bis 1990 nicht mehr gegeben. Wer daran teilhaben wollte, musste nach Ostberlin, Magdeburg oder noch weiter nach Schwerin, Dresden oder Erfurt reisen. Für die jüdischen Emigranten, die in der UdSSR Repressalien ausgesetzt waren, hatte jüdisch ihre Volks- und nicht ihre Religionszugehörigkeit bedeutet. Weil ihre gemeinsame Sprache meist das Russische war, werden und wurden sie oft als Russen wahrgenommen. Am 21. März 1991 wurde die „Jüdische Gemeinde Land Brandenburg“ (seit 2005 „Landesverband der jüdischen Gemeinden des Landes Brandenburg“) mit Sitz in Potsdam offiziell gegründet. 1998 folgten weitere Gemeinden in Bernau, Brandenburg,

Frankfurt/Oder. Im Jahr 2005 zählten die jüdischen Gemeinden im Land Brandenburg 7 384 Mitglieder.

### **3. Migration und Ortsgeschichte**

Will man die Zuwanderung in Brandenburg für die Frühe Neuzeit im Archiv untersuchen, stolpert man vielleicht zunächst über den Begriff *Kolonisten-Sachen*. Hinter solchen Aktentiteln verbergen sich Edikte zur Anwerbung von Fachkräften, Gesuche der Neuankömmlinge um finanzielle Unterstützung oder Beschwerden über die Ansiedlungsbedingungen. Es geht darin um Kolonisten und deren Niederlassung. Ein Kolonist ist jemand, der außerhalb seines Heimatlandes siedelt. Darunter fallen also französische Glaubensflüchtlinge ebenso wie Schweizer Bauern, böhmische Glaskünstler oder sächsische Tuchmacher. Handelt es sich dabei um begehrte Fachkräfte, so wurden ihnen nicht selten Geldgeschenke oder ein eigenes Haus in Aussicht gestellt oder wenigstens die Reisekosten erstattet und ein Nachlass auf die Akzise (in etwa unserer Mehrwertsteuer vergleichbar) gewährt. Der Landesherr wollte diese Ausgaben nicht verschwendet wissen. So musste allen voran von den Steuerräten genau beobachtet werden, ob die fremden Bauern und Handwerker auch fleißig arbeiteten und nicht etwa ihr Haus verkauften, um sich heimlich davon zu machen. Diese Wachsamkeit allein produzierte eine Fülle von Quellen, die sich heute aus unterschiedlichen Perspektiven lesen lassen.

Hinzu kommt das Verwaltungsschriftgut, das im Zuge der Bewilligung von Privilegien zur Niederlassung und deren Umsetzung entstand. Die Vorrechte der französischen Glaubensflüchtlinge wurden 1685 im Edikt von Potsdam nur skizziert, um dann in den Patenten für die einzelnen Niederlassungsorte (1686 Frankfurt/Oder – zuletzt Potsdam 1731) bekräftigt und an die Situation vor Ort angepasst zu werden. Von allen Kolonisten in Brandenburg-Preußen erhielten die französischen Kolonisten die umfangreichsten Privilegien. Sie reichten sogar bis zu einer eigenen Rechtssprechung aus lokalen Niedergerichten und dem *Französischen Obergericht* in Berlin. Französische Kolonien zeichneten sich je nach ihrer Größe durch verschiedene Amtsträger aus: Juristen, Pastoren, Kantoren und Schulmeister, Ärzte. Sie wurden über einen eigenen Fond besoldet, der einzig für die Versorgung der französischen Kolonisten geschaffen wurde, dem *Französischen Etat*.

#### **3.1. Die Einrichtungen einer Kolonie und deren Amtsträger**

Ein französischer Richter machte eine Kolonie von französischen Siedlern erst zu einer Französischen Kolonie. Die eigene Rechtssprechung zeichnete eine solche gegenüber den schweizerischen oder niederländischen Siedlungsorten aus. In den ländlichen Regionen betreute ein Richter mehrere Kolonien. Dem Kolonierichteramt in Prenzlau waren z.B. fünf weitere Kolonien im Umland zugeteilt. Im Wohnhaus des Richters befand sich die Gerichtsstube. Meist war nur an einem Tag in der Woche Gerichtstag. Die Richter wachten über die Wahrung der Kolonistenprivilegien und verliehen das Koloniebürgerrecht. Sie führten über den Haus- und Grundstücksbesitz der Kolonisten ein eigenes Grund- und Hypothekenbuch und vertraten die Kolonisten in juristischen Auseinandersetzungen. In Streitfällen zwischen Kolonisten und Landeskindern waren deshalb die lokalen französischen und deutschen Gerichte mitsamt ihren übergeordneten Instanzen involviert. Diese Verdopplung der beteiligten Gerichte kann für den Forschenden heute von Vorteil sein, weil es die Chance erhöht, über Gerichtsakten etwas über das Leben der einfachen Menschen in der Stadt und auf dem Dorf zu erfahren. Nur kleine Geldstrafen konnten die Französischen Koloniegerichte selbständig verhängen. In allen übrigen Streitfällen hatten sie die Prozessakten an das *Französische Obergericht* in Berlin zu versenden. Je nach Größe der Kolonie gehörten zum Gericht noch Beisitzer (Assessoren), ein Gerichtsdienner (greffier) und der Gerichtsschreiber. Neben den Akten des Französischen Obergerichts im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin kann der Geschichtsinteressierte auf Ebene der Niedergerichtsbarkeit einzig auf die Akten der Koloniegerichte in Strasburg und Potsdam zurückgreifen. Sie werden im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam verwahrt.

Eigene Kirchgemeinden zu gründen und hierfür einen französischen Prediger zu erhalten, zählte weiterhin zu den Privilegien des Edikts von Potsdam. Neben dem Pastor wurde auch der Kantor aus dem *Französischen Etat* besoldet, ein Vorsänger, der die Gemeinde beim Psalmengesang auf die rechte Melodie brachte. Häufig war er zugleich Schulmeister der gemeindeeigenen Schule. Hier wurden die Kinder der Gemeinde an den französischsprachigen Gottesdienst herangeführt. In Kirche und Gemeindeschule sahen die Hugenotten daher den Garant für den Fortbestand ihrer Kolonien und damit ihrer Privilegien. Akten zu den französischen Gemeinden in Brandenburg umfassen Kirchenbücher, Protokollbücher und den Schriftverkehr mit lokalen und übergeordneten Behörden. An ihnen lässt sich ein Wechsel von der französischen zur deutschen Sprache ablesen und über Heiraten und Taufen die Öffnung zur deutschen Gemeinde beobachten. Beides setzte je nach Gemeinde unterschiedlich schnell ein. Im Elementarschulwesen bewahrten sich die französischen Gemeinden eine gewisse Eigenständigkeit und damit auch die Aufsicht über Gemeindeschulen und von französischen Kolonisten unterhaltene

Winkelschulen. Hierüber haben sich auch Visitationsprotokolle erhalten, die Auskunft über den Zustand der Gemeinde geben. Hierbei wird der Ortschronist im Archiv des Französischen Doms in Berlin vor allem auch die Akten derjenigen Gemeinde konsultieren müssen, aus der der Schulinspektor stammte.

Um die Ansiedlung französischer Kolonisten zu fördern, wurden größere Kolonien gern mit französischen Ärzten ausgestattet. Eine solche medizinische Versorgung war wichtig, denn Krankheitsbezeichnungen waren im Deutschen und Französischen unterschiedlich. Zudem profitierten die Gemeindefürsorge von den kostenlosen Behandlungen.

Die Besonderheit der genannten Amtsträger liegt darin, dass sie sich auf Grund der Übersichtlichkeit der Kolonieverwaltung und der zentralisierten Ausbildung in Berlin und Frankfurt/Oder untereinander gut kannten. Über die Ausbildung hinaus blieben so Freundschaften bestehen. Man kannte und besuchte sich untereinander. Insbesondere zu den höheren Amtsträgern in Berlin wurde der Kontakt gesucht und gepflegt. Als Beispiel sei hier nur auf Samuel Formey (1711-1797) verwiesen. In seinem Nachlass, den die Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz verwahrt, findet sich eine Reihe von Briefen befreundeter Amtsträger aus unterschiedlichen Kolonien. Solche Netzwerke sind bislang wenig erforscht. Insbesondere über das Leben der französischen Richter ist erst wenig bekannt. Es sind aber häufig Vertreter dieser französischen Eliten, die an der Wende zum 19. Jahrhundert Einfluss auf die Geschichte ihrer Stadt nahmen.

### **3. 2. Soziale Konflikte**

Für die Ortsgeschichte bedeuten Konflikte zwischen Einheimischen und Kolonisten, dass über den Umweg des Außergewöhnlichen etwas über das „Normale“ und Alltägliche in Erfahrung gebracht werden kann, also insbesondere über das, was wegen seiner Geläufigkeit und Allgegenwärtigkeit sonst nicht näher thematisiert oder gar in Frage gestellt werden musste.

Um fremden Handwerkern günstige Startbedingungen zu verschaffen, wurden insbesondere die Hugenotten mit dem Privileg der Freimeisterschaft angesetzt. Für längstens 15 Jahre brauchten sie keiner Zunft anzugehören und dementsprechend auch keine Gebühren an ein Gewerk oder eine Gilde (Kaufleute) abzuführen, konnten aber Gesellen und Lehrlinge ausbilden. Damit sollte zugleich der Einfluss der Zünfte geschwächt werden. Obwohl die Aufnahme in die Gewerke in Edikten und Patenten mittelfristig angestrebt wurde und sogar gebührenfrei erfolgen sollte, kam es bei der



Inkorporierung der *Freimeister* wiederholt zum Streit. Konfliktrüchtig war auch die Öffnung geschlossener Gewerke für Kolonisten. Da insbesondere mit der Zunftreform von 1732 der staatliche Zugriff und damit der Druck auf die Zünfte intensiviert wurde, kam es zu dieser Zeit gehäuft zu Auseinandersetzungen. Sie als Beleg für ein starres, fortschrittsfeindliches Zunftsysteem zu sehen, verkennt, dass sich hinter dieser Abwehrhaltung tieferliegende Interessenskonflikte einzelner Meister, des Magistrats, der Garnison oder anderer Gewerke verbergen. Auf diese Weise können die Streitigkeiten mit den Zünften einen lohnenden Einblick in die innere Struktur eines Ortes liefern. War in den Städten das Privileg der Freimeisterschaft, das Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung heraufbeschwor, war es in den ländlichen Kolonien die Ansetzung der Kolonisten als freie Bauern, die den Unwillen der Landeskinder schürte. Französische, schweizerische oder niederländische Kolonisten waren keinem Gutsherrn zu Abgaben und Arbeiten verpflichtet und konnten dieses Vorrecht an ihre Nachkommen weitervererben. Das Nebeneinander von freien Bauern und Gutsuntertanen trug zur Infragestellung der Leibeigenschaft bei.

Zu den Privilegien der Kolonisten gehörte ferner die freie Religionsausübung. Sie wurde etwa den Lütticher Waffenmeistern zugesichert, die 1722 für den Aufbau der Gewehrfabrik in Potsdam angeworben worden waren. Daraufhin entstand die erste katholische Gemeinde in Brandenburg seit der Reformation. Auch französische Glaubensflüchtlinge und die niederländischen und schweizerischen Kolonisten folgten, obwohl sie Protestanten waren, einem anderen Bekenntnis als die Mehrheit in Brandenburg: Sie waren wie das brandenburgische Herrscherhaus reformiert. Auch sie hatten – je nach Größe ihrer Ansiedlung – eigene Kirchen und Gemeinden. Dies führte nicht selten auf verschiedenen Ebenen des Zusammenlebens mit den einheimischen lutherischen Nachbarn zu Problemen und Missverständnissen, denn die Kirche ragte in viele Bereiche des Alltags hinein: nicht nur in die Bildung, wo sich gemeindeeigene Schulen um die elementare Wissensvermittlung bemühten, sondern auch in die Arbeitswelt. Dass Zünfte auch religiöse Gemeinschaften waren, wird spätestens dann deutlich, wenn sie im Namen der lutherischen Ortsgemeinde von einem neuen Meister den üblichen Obolus für Kerzen, das *Wachsgeld*, einforderten, unabhängig davon, ob der Neue nun dieser Gemeinde angehörte oder nicht. Ein ähnlich strittiges Thema waren die *Schultischgelder*, die die lutherischen Gemeindeschulen am liebsten von allen Bürgern ihres Pfarrbezirks erheben wollten. Der Unterhalt der Kirchengemeinden zählte zu den landesherrlichen Aufgaben. Nicht immer wurden zeitgleich mit der Ansetzung der Kolonisten für diese neue Kirchen gebaut und eigene Gemeinden mit eigenen Seelsorgern installiert. Nicht immer spannungsfrei wurden vorhandene Gotteshäuser den Kolonisten zur Mitnutzung angewiesen. Vor weiteren Verstimmungen konnte die Kolonisten ihre eigene

Gottesdienstsprache bewahren. Das Festhalten an der französischen Gottesdienstsprache werteten Hugenotten als Garantie für den Fortbestand ihrer Privilegien. Nicht selten wurde diese Traditionspflege von lutherischen oder deutsch-reformierten Geistlichen befürwortet. So mussten sie nicht fürchten, ihre Schäfchen an die französische „Konkurrenz“ zu verlieren. Die eigene Kultsprache entschärfte so Konflikte zwischen den Gemeinden, und ein Ausbleiben von Streitigkeiten darf daher nicht vorschnell als Zeichen der Toleranz gewertet werden. Zusätzliches Befremden lösten unterschiedliche Riten aus, wie etwa das Bestreben der französischen Gemeinden, ihre Verstorbenen binnen zweier Tage unter die Erde zu bringen - ein Vorgehen, das unter den klimatischen Bedingungen in Südfrankreich, der Herkunftsregion vieler Hugenotten, eine Notwendigkeit gewesen war, in Brandenburg allein aus Tradition beibehalten wurde.

### **3.3. Kulturtransfer**

Im Zusammenleben von Kolonisten und Einheimischen lässt sich ein Austausch von Wissen und kulturellen Errungenschaften beobachten. Dabei passten die Zuwanderer ihr mitgebrachtes kulturelles Potential an die Aufnahmegesellschaft an. So entstanden Mischformen (Hybridisierungen). Schon in der Frühen Neuzeit bereicherten Kolonisten nachweislich den Speisezettel der Märker. Mit der Ansetzung schweizerische und holländischen Familien sollte die Milchwirtschaft in Brandenburg verbessert und die Vielfalt an Milchprodukten gesteigert werden. Der Anbau von Gemüsesorten wie Blumenkohl, Spargel und grünen Bohnen geht auf die hugenottischen Einwanderer zurück. Bis dahin wenig bekannten und allenfalls als Blumenschmuck geschätzten Kulturpflanzen wie dem Tabak oder der Kartoffel verhalfen sie zum Durchbruch als Feldfrucht. Auch Ernährungsgewohnheiten brachten die Kolonisten aus der Fremde mit. Die Einheimischen lernten von ihnen Salat als Beilage zum Hauptgericht schätzen. An der Verdrängung des Biersuppenfrühstücks durch Kaffee und Weißbrot hatten neben den Hugenotten auch Napoleons Soldaten Anteil, die zwischen 1806 und 1808 bei der städtischen Bevölkerung einquartiert wurden und von dieser versorgt werden mussten.

Auch auf handwerklichem Bereich brachten Kolonisten Wissen aus ihrer Heimat nach Brandenburg mit. Lütticher Waffenmeister und französische Strumpfwirker sind nur zwei Beispiele für innovative Handwerksberufe, die mit ihrer Anwerbung in Brandenburg etabliert werden sollten. Bei den Hugenotten und den Italienern waren die Kenntnisse im Seidenbau sehr gefragt. Als *Seidenbauinspektoren* sollten sie die einheimische Bevölkerung in der Pflege der Maulbeerbäume und der Kultur der Seide

anlernen. Auf Grund der klimatischen Bedingungen in Brandenburg war diesem Kulturtransfer nur wenig Erfolg beschieden.

Die Hugenotten profitierten davon, dass Französisch als Inbegriff für vornehm und gebildet galt. Sprach- und Tanzunterricht zu geben, ermöglichte Manchem in den Residenzstädten ein besseres Auskommen als in angestammten Berufen wie Seidenfärber oder Zeugmacher. Viele verarmte Handwerker betätigten sich als Schulhalter. Ein Ort des Kulturaustausches war schließlich die 1506 gegründete Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Ihre medizinische Fakultät übte insbesondere auf jüdische Studenten seit dem 17. Jahrhundert eine starke Anziehung aus.

Als letzten Punkt soll auf die von Namen für die Ortsgeschichte eingegangen werden. So können bereits Vornamen Aufschluss über die Herkunft einer Person geben. Bei den Hugenotten waren alttestamentarische Namen beliebt, die stets aus den Namen der Taufpaten gebildet wurden. Zuwanderer in der Frühen Neuzeit hinterließen häufig ihre Spuren in geographischen Namen. Man denke nur an Neuholland oder Französisch-Buchholz oder auch an Bezeichnungen, die Auskunft über die Bewohner eines Stadtteils geben wie etwa der Judenhof in Perleberg. Oft sind solche Namen das einzig im Stadtbild Verbliebene, was an die fremden Siedler erinnert. Namen können daher ein Anlass sein, über ihren Ursprung nachzudenken, und helfen so, über die Geschichte der Zugewanderten die Geschichte des Ortes neu zu entdecken.

#### **4. Literatur**

##### *Epochenübergreifend*

Klaus J. Bade / Peter C. Emmer / Leo Lucassen / Jochen Oltmer, Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007.

Klaus Neitmann / Jürgen Theil, Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Potsdam 2001.

Lieselott Enders, Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam; 28), Weimar 1992.

Lieselott Enders, Die Prignitz. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam; 38), Berlin 2000.

Königliche Visionen. Potsdam – Eine Stadt in der Mitte Europas, Katalog zur Ausstellung, hgg. von der Landeshauptstadt Potsdam, Potsdam 2003.

Andreas Gestrich / Marita Krauss (Hg.), Zurückbleiben. Der vernachlässigte Teil der Migrationsgeschichte (= Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung; 6), Stuttgart 2006.

### *Frühe Neuzeit*

Max Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen. Ein Beitrag zu der Geschichte des preußischen Staates und der Colonisation des östlichen Deutschlands, Leipzig 1874.

Matthias Asche, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.

Hans-Georg Tautorat, Um des Glaubens willen. Toleranz in Preußen – Hugenotten und Salzburger. (= Schriftenreihe: Dokumente, Analysen, Kommentare; 24), Düsseldorf 1985.

Thomas Höpel, Emigranten der Französischen Revolution in Preußen 1789-1806. Eine Studie in vergleichender Perspektive, Leipzig 2000.

Eduard Muret, Geschichte der Französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Gemeinde, Berlin 1885.

Guido Braun / Susanne Lachenicht (Hg.), Hugenotten und deutsche Territorialstaaten. Immigrationspolitik und Integrationsprozesse (= Pariser historische Studien; 82), München 2007.

Manuela Böhm, Sprachenwechsel. Akkulturation und Mehrsprachigkeit der Brandenburger Hugenotten vom 17. bis 19. Jahrhundert, Berlin 2010.

Karl Manoury, Die Geschichte der französisch-reformierten Provinzgemeinden, Berlin 1961.

Henri Tollin, Geschichte der Französischen Kolonie in Frankfurt an der Oder, Frankfurt/Oder 1868.

Margarete Pick, Die französischen Kolonien in der Uckermark, Prenzlau 1935.

Gottfried Bregulla (Hg.), Hugenotten in Berlin, Berlin 1988.

Silke Kamp, Die verspätete Kolonie. Hugenotten in Potsdam 1685-1809 (im Erscheinen).

### *19./20. Jahrhundert*

Uwe Reich, Aus Cottbus und Arnswalde in die Neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997.

Gisela Laudi, Justina Tubbe - Der weite Weg einer Brandenburgerin vom Oderbruch nach Texas, Bad Münstereifel 2000.

Jürgen Ast / Kerstin Mauersberger, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin-Brandenburg 2000.

Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer. Monumente des Kalten Krieges, Berlin 2007.

### *Jüdische Geschichte*

Irene A. Diekmann (Hg.), Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart (= Beiträge zur Geschichte und Kultur der Juden in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen; 5), Berlin 2008.

Selma Stern, Der preußische Staat und die Juden (= Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts), 7 Bde., Tübingen 1962-1975.

Nadine Fügner, Jüdische Zuwanderung im Land Brandenburg, Potsdam 2005.

Brigitte Heidenhain, Juden in Wrietzen. Ihr Leben in der Stadt von 1677 bis 1940 und ihr Friedhof, Potsdam 2007.

Peter Böthig / Stefanie Ostwald, Juden in Rheinsberg. Eine Spurensuche, Karwe 2005.

*Kulturtransfer*

Cathleen Haff, In Nachbars Garten. Niederländische Landschaftsarchitektur in Berlin und Brandenburg, Münster 2001.